

Presseinformation



Professoren-Umfrage zum Bologna-Prozess

Mainz, den 20. Mai 2010

**Tischvorlage zur Pressekonferenz mit dem Vorsitzenden der
CDU-Landtagsfraktion, Christian Baldauf, und der
hochschulpolitischen Sprecherin der
CDU-Landtagsfraktion Simone Huth-Haage**

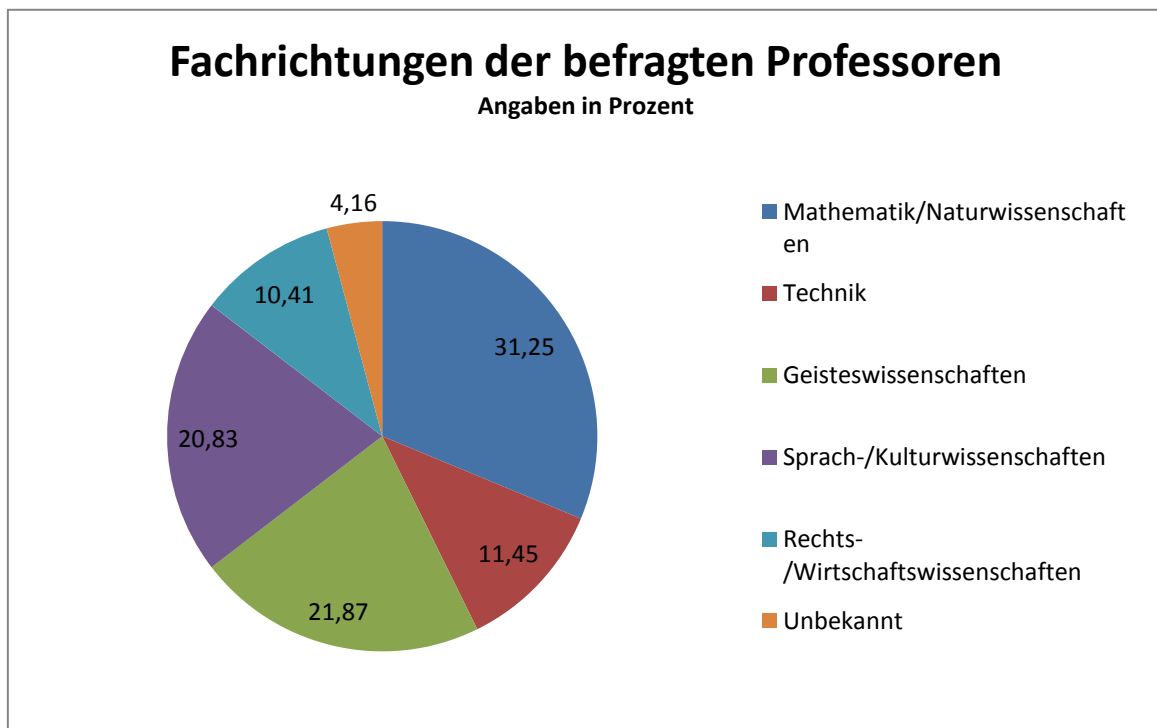
Hintergrund:

Die Hochschulproteste 2009 machten die Kritikpunkte der Studierenden am Bologna-Prozess überdeutlich. Aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion ist es auch von Interesse, ob und inwiefern diese Ansichten auch von den Lehrenden geteilt werden. Dies erlaubt eine vertiefte Einsicht in die Umsetzung des Bologna-Prozesses in Rheinland-Pfalz und die Wirkung der Bologna-Reform im Grundsätzlichen.

Nach Ansicht der CDU-Landtagsfraktion ist eine vertiefende und nachhaltige Diskussion über die Gründe der Unzufriedenheit mit der Hochschulreform dringend geboten, um zum Wohle der Studierenden qualitativ hochwertige Hochschulabschlüsse und eine wirkliche Eintauchen in wissenschaftliche Abläufe zu ermöglichen. Kurzfristige Aktionsprogramme bekämpfen zumeist die Symptome und verlieren häufig die Ursachen aus dem Blick.

Deshalb hat die CDU-Landtagsfraktion alle rheinland-pfälzischen Universitätsprofessoren im März/April dieses Jahres angeschrieben und um Teilnahme an einer Umfrage gebeten. Die Beschränkung auf die Universitätsprofessoren hat den Hintergrund, dass vor allem die Universitäten in ihren Abläufen sehr viel stärker als die Fachhochschulen von der Bologna-Reform betroffen sind.

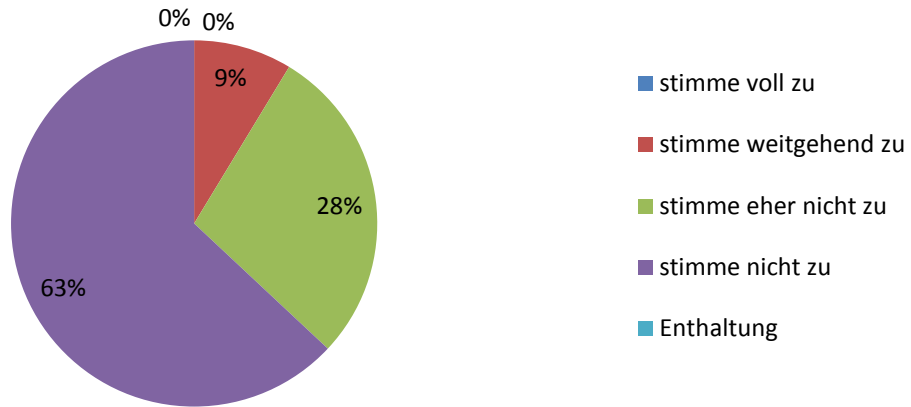
Der Rücklauf von 20 Prozent und die breite Streuung nach Fachgebieten zeigt die Bedeutung des Themas für den gesamten universitären Bereich.



Ergebnisse der Auswertung:

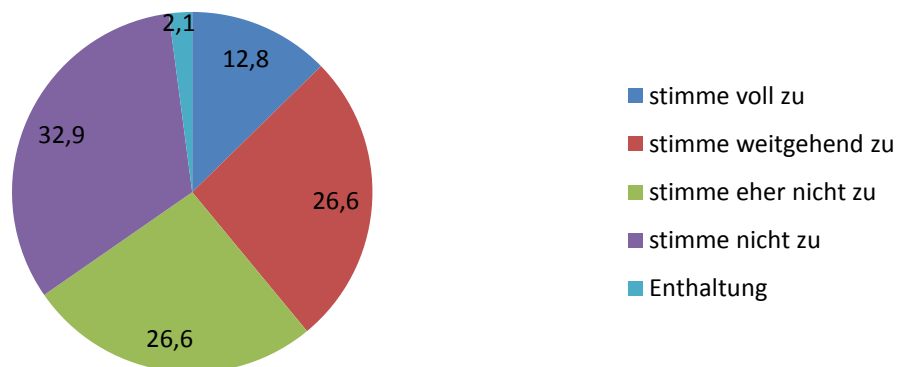
1. Der Bologna-Prozess im Allgemeinen hat die Qualität der wissenschaftlichen Lehre verbessert.

Angaben in Prozent



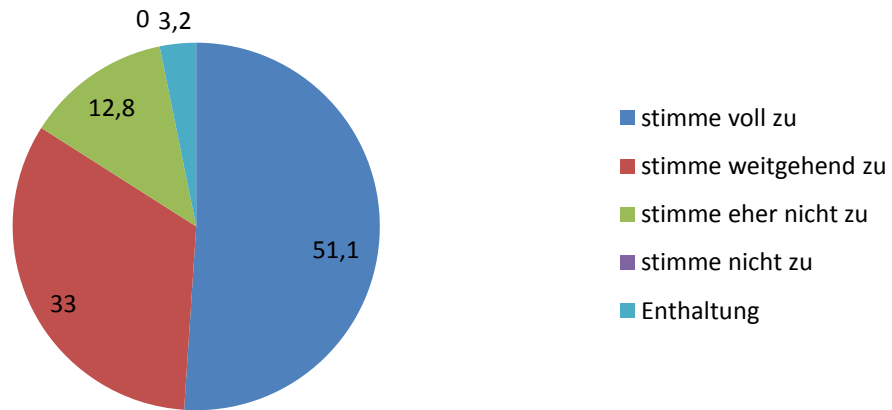
2. Kernproblem des Bologna-Prozesses ist nicht seine Grundstruktur sondern die Umsetzung.

Angaben in Prozent



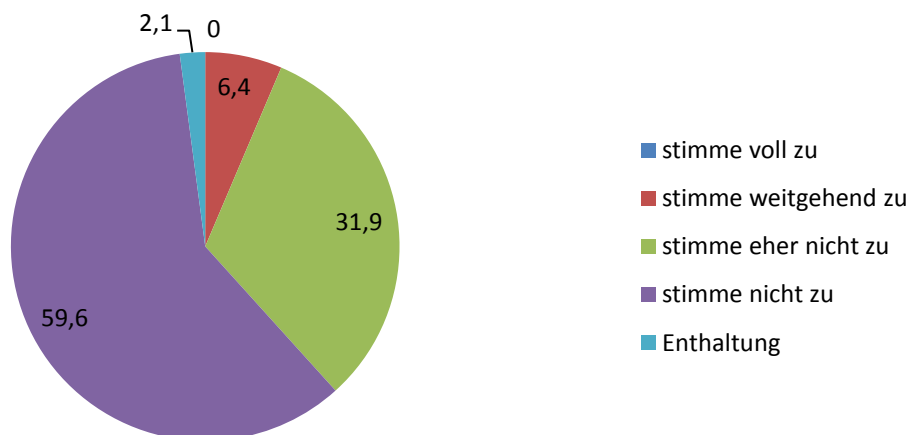
3. Die Studienstruktur hat die finanzielle und personelle Situation der rheinland-pfälzischen Hochschulen noch einmal spürbar verschlechtert.

Angaben in Prozent



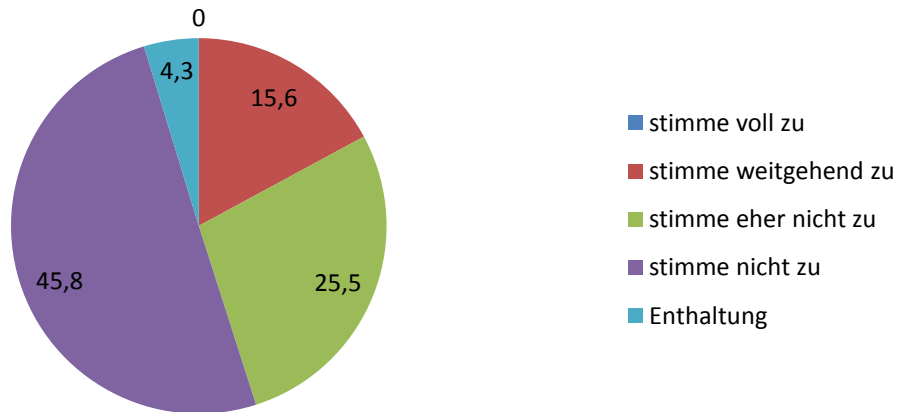
4. Die Arbeit der Akkreditierungsagenturen hat die Qualität des Studiengangs spürbar verbessert.

Angaben in Prozent



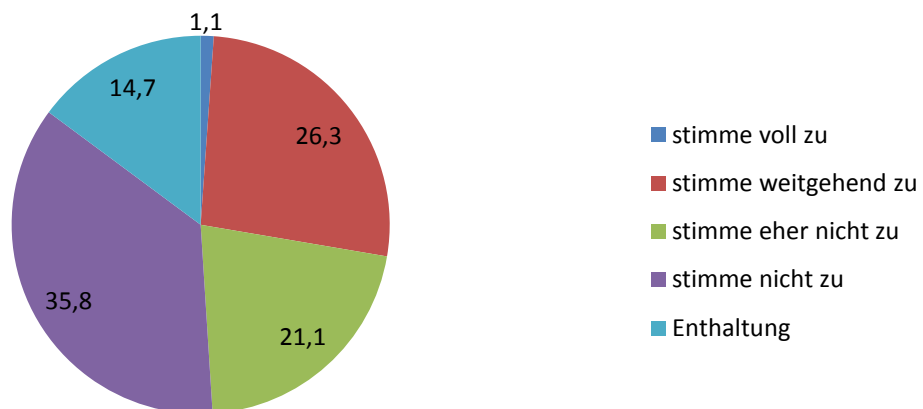
5. Die Vorgaben der Akkreditierungsagenturen waren unbürokratisch und praxisorientiert.

Angaben in Prozent

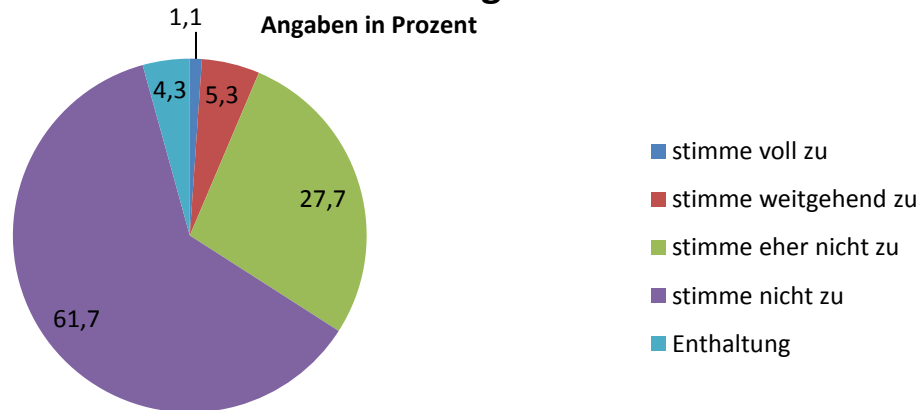


6. Das Ministerium für BWWJK hat sich bei der Einführung der neuen Studienstruktur offen für die einzelnen Fächerkulturen gezeigt.

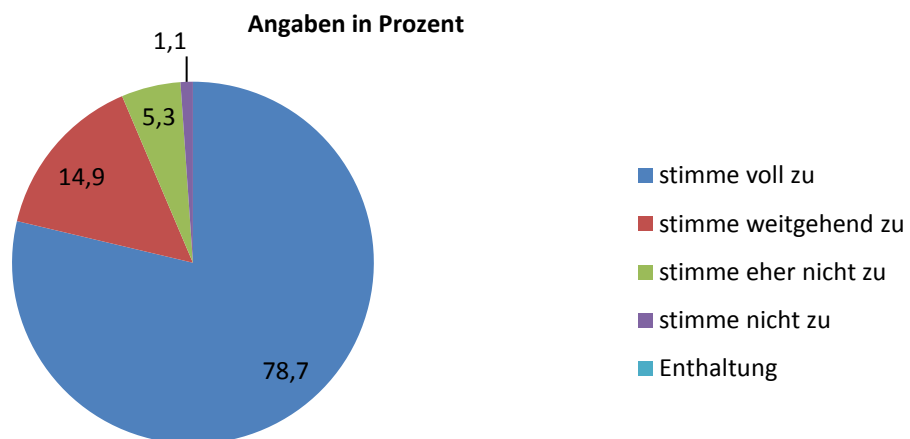
Angaben in Prozent



7. Die rheinland-pfälzischen Universitäten erhalten in personeller und finanzieller Hinsicht alle Unterstützung, die für die Umsetzung der Bologna-Reform notwendig ist.



8. Durch die neue Studienstruktur haben sich die Verwaltungsaufgaben des Lehrpersonals stark erhöht.



9. Wie viele Stellen sind in ihrem Fachbereich seit Einführung der neuen Studienstruktur notwendig, um die Koordination der Lehrangebote zu gewährleisten?

3,1 Stellen im Durchschnitt

Forderungen:

Ausgehend von dem Prinzip der Freiheit und Einheit von Lehre und Forschung sowie dem Subsidiaritätsprinzip als Grundlage christdemokratischen Handelns, empfiehlt es sich aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion den Hochschulen eine umfassende Eigenverantwortung zu gewähren.

Dieser Freiheitsgewinn der Hochschulen darf jedoch nicht im Sinne einer ungezügelter Wettbewerbsfreiheit verstanden werden. Wissenschaftsfreiheit soll vielmehr akademische Freiräume für wissenschaftliche Forschung und Lehre schaffen. Wissenschaftliches Arbeiten folgt je nach Disziplin gewissen Eigengesetzlichkeiten, die es im Sinne der Freiheit von Lehre und Forschung vor einer technokratischen Überbürokratisierung zu schützen gilt. Darüber hinaus lässt sich Wissen nicht „produzieren“. Deshalb sind ökonomisch bewährte Organisationsformen nur bedingt auf die Hochschule übertragbar.

Das bedeutet konkret:

1. **Abschlüsse Erhalten:** Bewährte Elemente der bisherigen Studienstruktur dürfen nicht des Prinzips halber abgeschafft werden. Deshalb muss die Möglichkeit geschaffen werden **bewährte Abschlüsse wie Dipl. Ing. oder das juristische Staatsexamen beizubehalten.**
2. **Hochschule entbürokratisieren:** Die seit Jahren um sich greifende **Bürokratisierung** des universitären Betriebs **muss gestoppt werden.**
3. **Verantwortung übertragen:** Die Hochschulen sollen ein **Höchstmaß an eigenverantwortlicher Gestaltung** erhalten.
4. **Fachbereiche stärken:** Die **Entscheidungen über fachwissenschaftliche Themen und Organisationsentscheidungen** der Studiengänge **müssen** zu aller erst **bei den Fachbereichen verortet werden.** Deshalb müssen auch die in der aktuellen Hochschulgesetznovelle angedachten Forschungskollegs an die Fachbereiche angebunden werden.
5. **Qualitätssicherung in Verantwortung der Universitäten:** Die Hochschulen müssen bei der **Qualitätssicherung** sehr viel **größere Spielräume** erhalten als bisher. Der Prozess der **Systemakkreditierung** muss diskursorientiert **auf gleicher Augenhöhe** gestaltet werden. Zudem müssen die Akkreditierungsagenturen vorab einen Nachweis über praxisnahe und unbürokratische Kriterien führen.
6. **Mehr Zeit für Wissenschaft:** Zur Stärkung der sozialen Komponente sowie zugunsten einer zeitlichen Flexibilisierung wissenschaftlicher Tätigkeit, müssen **Teilzeitstudiengänge verbindlich** eingeführt werden.